

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Rückführungen intensivieren

Die Zahl der positiven Asylentscheide sinkt seit Monaten. So liegt die Gesamt-schutzquote bis April 2018 nur noch bei rund einem Drittel. Gleichzeitig stagniert je-doch die Zahl der Rück-führungen. Dies hat vielfältige Gründe: So erhalten viele Asyl-suchende, deren Asylantrag negativ beschieden wurde, häufig eine Duldung. Diese sind zumeist durch Hindernisse begründet, die aktuell eine Rückführung unmöglich machen. Dies können attestierte Krankheiten, abwesende Familienangehörige oder auch fehlende Papiere sein. Das bedeutet, dass eine immer größere Zahl ablehnen-der Asylbescheide ohne weitere Konsequenz hinsichtlich des Aufenthalts bleibt. Dies hat in vielfacher Weise deutlich negative Auswirkungen. Die Asylverfahren ver-lieren an Aussagekraft, die Bürger Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit. Gleichzeitig wird in die Herkunftsländer, in die unabhängig vom Asylbescheid kaum zurückgeführt wird, das Signal gesandt, dass sich eine lebensbedrohende Reise nach Deutschland unabhängig vom eigenen Verfolgungsstatus lohnt.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Duldungspraxis sehr unterschiedlich gehandhabt wird und der Ermessensspielraum nicht unerheblich ist. Dies spricht im Sinne einer beschleunigten Rückführung erneut für eine Zentralisierung der Verfah-ren in Verantwortung des Landes und eine längere Aufenthaltsdauer in der Erstauf-nahme.

Gleichzeitig hält die Landesregierung einen Abschiebestopp für Afghanistan aufrecht, obwohl die Bundesregierung die Sicherheitslage für Afghanistan neu bewertet hat. Sie ist erneut zu dem Schluss gekommen, dass Rückführungen wieder möglich sind. Dennoch weigert sich die Landesregierung, an dieser Stelle wieder Rückführungen aufzunehmen.

Im Fall straffälliger Asylsuchender hat die Landesregierung die jüngsten Rück-führungsflüge nach Afghanistan ohne rheinland-pfälzische Beteiligung durchführen lassen, obwohl rund 80 asylsuchende Intensivstraftäter in Rheinland-Pfalz aus Afghanistan stammen. Ein Grund hierfür ist wiederum, dass die Landesregierung über eine erhebliche Zahl der Fälle nicht Bescheid weiß, weil sie die Verantwortung den Kommunen überlässt und kein intensives Informationsmanagement aufgebaut hat.

Zudem können in einigen Fällen die Verfahrensdauern weiter gestrafft werden, wenn die Landesregierung ihren Widerstand aufgibt und der Ausweitung der sicheren Herkunftsländer zustimmen würde. An dieser Stelle blockiert die Koalition aus SPD, Grünen und FDP aus ideologischen Gründen eine Beschleunigung der Verfah-ren und einer rascheren Rückführung. Dies gilt vor allem für Algerien, Tunesien und Marokko. Gleichzeitig sollten aber auch andere Staaten, wie z. B. Georgien, in den Blick genommen werden.

Durch eine Intensivierung der Rückführungen wird die Akzeptanz des Asylsystems in der Öffentlichkeit gestärkt, die erforderlich ist, damit die Bundesrepublik Deutsch-land ihren humanitären Verpflichtungen mittel- und langfristige nachkommen kann.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- die Rückführung landesweit zu zentralisieren;
- die Duldungspraxis im Land zu evaluieren und einheitliche restriktive Standards in diesem Bereich zu schaffen;
- Rückführungen nach Afghanistan wieder aufzunehmen;
- ihren Widerstand gegen die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsländer aufzugeben.

Für die Fraktion:
Martin Brandl